SoVD-Präsident Adolf Bauer forderte u. a. in der heute-Sendung im ZDF eine sozialverträgliche Lösung für säumige Versicherte, die ihre Beiträge und die Zuschläge nicht zahlen können.

SoVD fordert sozialverträgliche Lösung

Wenn die Krankenkasse zur Schuldenfalle wird

Das Bundeskabinett hat im April einen Gesetzentwurf gebilligt, der die Schuldenfalle für säumige Kassenbeitrag-Zahler entschärfen soll. Ein wichtiges Problem wird mit der Neuregelung jedoch nicht gelöst: Bereits bestehende Schulden bleiben bestehen und werden weiterhin mit fünf Prozent Säumniszuschlag monatlich belegt. Dies kann für Menschen, die ihre Kassenbeiträge nicht stemmen können, zu einer ausweglosen Situation führen.

„Die Krankenkasse darf nicht zur Schuldenfalle werden“, forderte deshalb SoVD-Präsident Adolf Bauer in einer entsprechenden Presseerklärung bezüglich des „Gesetz zur Beseitigung sozialer Überforderung bei Beitragsschulden in der Krankenversicherung“. Die von der Bundesregierung geplante Minderung der Säumniszuschläge für gesetzlich Krankenversicherte verfolge zwar richtige Ziele, stellte der SoVD-Präsident fest. Doch wer seine Kassenbeiträge nicht stemmen könne, dürfe nicht in einer ausweglosen Schuldenfalle landen. „Zinsen von bis zu 60 Prozent im Jahr sind unzumutbar.“

Der beschlossene Gesetzentwurf kann demnach nach Auffassung des Sozialverband Deutschland nur ein erster Schritt sein. Nötig ist aus Sicht des Verbandes darüber hinaus eine Neuregelung für die bereits angefallenen Zuschläge säumiger Versicherter. „Denn hier sieht der Entwurf bisher keine Lösungen vor“, kritisierte Adolf Bauer, dessen Forderung in verschiedenen Medien wiedergegeben wurde, so etwa in der ZDF heute-Sendung als Auftaktmeldung.

Auch in diesem Jahr ist die Inflationsrate höher als das Renten-Plus

Westrenter verlieren weiter

Trotz der zur Jahresmitte geplanten Rentenerhöhung von 0,25 Prozent müssen sich die Rentner in den alten Bundesländern nach Berechnungen des SoVD auf einen spürbaren Kaufkraftverlust einrichten. Insgesamt haben die West-Renten in den letzten Jahren somit 12 Prozent an Kaufkraft verloren. Der SoVD fordert die Bundesregierung auf, hier dringend gegenzuhalten.

Die rund 20 Millionen Rentner in Deutschland bekommen zum 1. Juli mehr Geld – allerdings in sehr unterschiedlichem Ausmaß. Im Westen gibt es einen mageren Zuschlag von 0,25 Prozent, im Osten ist es ein Plus von rund 3,3 Prozent. In den alten Bundesländern gibt es rund 16 Millionen; in den neuen Bundesländern sind es etwa vier Millionen Rentner. Das Rentenniveau im Osten klettert mit der Erhöhung von bislang 88,8 auf nun 91,5 Prozent des West-Wertes.

Ohne Kürzungsfaktoren bliebe Rentnerinnen und Rentnern mehr übrig

Die Anpassung bedeutet auf die Altersbezüge umgerechnet: Zum 1. Juli erhöht sich eine Monatsrente von 800 Euro im Westen nur um zwei Euro, im Osten um 26,32 Euro. Bei einer Rente von 1200 Euro beträgt der Aufschlag drei beziehungsweise 39,48 Euro.

Zu dem am 16. April im Bundeskabinett gefassten Beschluss über die Rentenanpassung 2013 stellte SoVD-Präsident Adolf Bauer fest: „Für die Rentnerinnen und Rentner im Westen ist die magere Rentenerhöhung eine klare Enttäuschung. Sie müssen sich auf weitere Kaufkraftverluste einstellen. Das Rentenplus im Osten ist positiv, langfristig kommt es hier jedoch auf eine stufenweise und verbindliche Anhebung an.“ Die Absenkung des Rentenniveaus sei politisch gewollt, um die Alterssicherung insgesamt bezahlbar zu machen, so Bauer.

Es zeige sich jedoch, dass die Kürzungsfaktoren zu einem immer größeren Problem auswüchsen. Nach SoVD-Berechnungen stehen den Kaufkraftverlusten bei der Rente in den alten Bundesländern seit 2004 von knapp zwölf Prozent rund acht Prozent in den neuen Bundesländern gegenüber.

Die Anhebung der Altersbezüge sind vor dem Hintergrund einer Inflationsrate von voraussichtlich 1,7 Prozent und eine Erhöhung der Beiträge für die Kranken- und Pflegeversicherung von 0,1 Prozent zu sehen. „Die Bundesregierung muss hier gegenhalten. Insbesondere die Kürzungsfaktoren gehören raus aus der Rentenformel“, forderte Bauer. „Würden der Riester-Faktor und der Nachholfaktor abgeschafft, hätten die Rentnerinnen und Rentner deutlich mehr Geld im Portemonnaie.“

Foto: FotoliaXIV / fototlia

Den wohl verdienten Ruhestand nach einem Leben lang harter Arbeit genießen? Für viele Rentnerinnen und Renter bleibt dieser Wunsch wegen der Kaufkraftverluste eine Illusion.

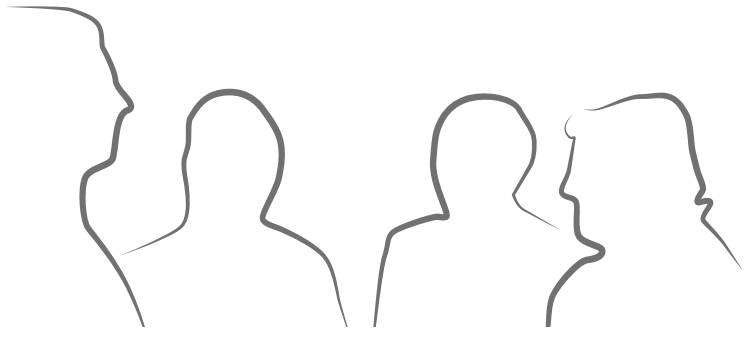

Foto: nikesidoroff / fotolia

Der SoVD setzt sich für klare Regeln zum Markteintritt von Medizinprodukten ein.

SoVD im Gespräch + SoVD im Gespräch +

Medizinische Produkte besser sichern

„Der SoVD begrüßt das Bestreben der Europäischen Kommission um eine Verbesserung der geltenden Rechtslage zur Verbesserung der Sicherheit von Medizinprodukten.“ Dies geht aus einer aktuellen Stellungnahme der Abteilung Sozialpolitik im SoVD-Bundesverband hervor.

Aus Sicht des SoVD besteht jedoch weiterer Handlungsbedarf. So seien „klare Regeln zum Markteintritt von Medizinprodukten“ erforderlich. Der SoVD verweist hier auf die guten Erfahrungen bei der Regulierung von Arzneimitteln mittels einer frühen Nutzenbewertung hin.

Politik für Senioren in der EU

Im April fand in Berlin eine gemeinsame Veranstaltung von Die Linke im Europaparlament und der Bundesarbeitsgemeinschaft Senioren BAG statt, an der auch der SoVD teilnahm.

In der Veranstaltung wurden in mehreren Redebeiträgen und Referaten inhaltlich keine neuen Konzepte oder Gesichtspunkte vorgestellt. Interessant war jedoch, dass sich die Teilnehmenden – unabhängig aller Unterschiede im Detail – einig darüber waren, dass man sich den Folgen der Europäischen Einigung auch für die Systeme der sozialen Sicherung nicht verschließen könne, diese aber kritisch begleiten müsse. *sr*

Korruption wirksam bekämpfen

Als Interessenverband der gesetzlich Krankenversicherten ist es dem SoVD wichtig, dass Behandlungsentscheidungen allein auf Grund eines medizinischen Bedarfes getroffen werden. Auch die finanziellen Mittel der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) dürfen nur im Interesse der Solidargemeinschaft der Versicherten sowie zu Gunsten der Patientinnen und Patienten eingesetzt werden. Nach einer Anhörung zum Antrag der SPD-Fraktion „Korruption im Gesundheitswesen wirksam bekämpfen“ hat der SoVD jetzt deshalb erneut auf Antrag zu diesem Thema kritisch Stellung genommen.